

## Friedensverhandlungen abgebrochen

Die New Mon State Party (NMSP) hat die Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit dem Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) abgebrochen. Pe Theing Zar, ein führender Politiker der NMSP, warf den Abgesandten des SLORC vor, sie hätten nur darüber verhandeln wollen, welche Gebiete die Mon behalten können. Über die anderen 13 Diskussionspunkte, die die Mon in die Gespräche einbrachten, habe es keine Auseinandersetzung gegeben. Der SLORC habe weiterhin nur bei Übergabe der Waffen eine Teilnahme am Nationalkonvent in Aussicht gestellt.

Eine Woche später, am 6. September, wurde im burmesischen Staatsfernsehen bekanntgegeben, daß eine Fraktion der NMSP übergelaufen sei. 25 Soldaten der Mon National Liberation Army hätten sich den burmesischen Behörden in Ye gestellt. Die Gruppe gehöre zu Nai Pantha, einem Mitglied des Zentralkomitees der NMSP, der sich schon 1992 in der burmesischen Botschaft in Bangkok gestellt hatte.

Die Mon sind damit neben den Karen die einzigen größeren ethnischen Minderheiten, die sich noch im Krieg gegen die Junta befinden.

vgl. TN 30.8.94; BP 6.9.94

## Friedensschluß mit 13. "Rebellen"gruppe

Die Shan State Nationalities People's Liberation Organisation (SNPLO), eine Splittergruppe der Pa-O, hat als letzte der im Shan-Staat gegen die Zentralregierung kämpfenden Gruppen im Oktober die Waffen niedergelegt. Die SNPLO hatte insgesamt 1.700 bewaffnete Mitglieder. Am 9. Oktober wurde das Waffenstillstandsabkommen während einer offiziellen Zeremonie in Hsi Hseng (Sisaing) unterzeichnet. Der Anführer der Gruppe sagte, man habe den bewaffneten Widerstand aufgegeben und werde nun an der Entwicklung der Region mitarbeiten. Regierungsvertreter erklärten, der Shan-Staat sei nun frei von Unterwanderung. Lediglich die Armee des Drogenkönigs Khun

Sa operiere noch dort. Sie zähle jedoch nicht zu den ethnischen Widerstandsgruppen.

Zwei Tage später gab Oberstleutnant Chit Maung, ein Mitglied des Zentralkomitees der SNPLO, eine persönliche Erklärung ab, in der er die politische und militärische Führung der SNPLO aufforderte, so lange weiterzukämpfen, bis der SLORC bereit sei, politische Probleme mit politischen Mitteln zu lösen. Mittels bilateraler Abkommen versuche der SLORC, seine Militärdiktatur zu legalisieren. Chit Maung kündigte an, er werde den Untergrundkampf weiterführen.

vgl. MDA 11.10.94; IRRRA Vol. 3, No. 2, 15.10.94

## Zusammenarbeit mit China

Vom 8. bis zum 14. September hielt sich eine Delegation hochrangiger Militärs aus Burma in der Volksrepublik China auf. Generalleutnant Khin Nyunt, der 1. Sekretär des Staatsrats zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC), Generalleutnant Thein Win, Verkehrsminister, Brigadegeneral David Abel, Minister für nationale Planung und Wirtschaftsentwicklung, Außenminister Ohn Gyaw, U Than Shwe, Minister für Industrie II, Generalmajor Saw Lwin, Kommandeur des

Kommandobereichs Nord der Streitkräfte und andere Regierungsvertreter statteten der Volksrepublik auf Einladung des Sekretärs des Staatsrats, Lua Gan, einen Freundschaftsbesuch ab.

Während eines Aufenthalts in der südchinesischen Provinz Yunnan, die an Burma grenzt, wurde ein Abkommen unterzeichnet, dessen Ziel die Verbesserung der bilateralen Beziehungen ist. Konkret wurde der Bau zweier Fernstraßen besprochen. Eine der Straßen soll von Daluo

## Nationalkonvent

Am 2. September trat der Nationalkonvent nach fünfmonatiger Pause erneut zusammen. Die rund 700 Delegierten des Nationalkonvents sollen die Grundzüge einer zukünftigen Verfassung ausarbeiten. An den Sitzungen nahmen zwei Repräsentanten der Karenni People's National Liberation Front (KPNLF), einer Minderheitenorganisation, die im Mai mit dem Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet hatte, als Beobachter teil.

U Aung Toe, der Vorsitzende des "Arbeitsausschusses für die Einberufung des Nationalkonvents" und Oberster Richter des Landes, gab die Grundsätze für die Einrichtung von Selbstverwaltungszonen und -distrikte von ethnischen Minderheiten bekannt, die in Staaten von größeren Minderheiten leben. Vertreter der Minderheiten hatten die Einrichtung einiger Selbstverwaltungszonen auf der letzten Sitzung des Nationalkonvents gefordert (s. SOAI 2/94). Minderheiten der Naga im Sagaing-Distrikt, sowie der Danu, der Pa-O, der Palang, der Kokang und der Wa im Shan-Staat erhalten Selbstverwaltungsrechte, da in zusammenhängenden Gebieten ihr Bevölkerungsanteil über 50 Prozent beträgt. Den Minderheiten der Lahu, Intha, Kayan, Akha und Kachin im Shan-Staat und anderen ethnischen Gruppen wurden diese Rechte

nicht zuerkannt. Damit bleibt die Zahl der Selbstverwaltungszonen weit unter der ursprünglich vorgeschlagenen.

Des Weiteren wurden Vorschläge für die zukünftige Verfassungsstruktur vorgestellt. Das "Unions-Parlament" soll zwei Kammern haben. Eine Kammer soll die Bevölkerung repräsentieren, die andere die sieben Unionsstaaten und die sieben Unions-Distrikte. Die "Volkskammer" würde danach aus 330 gewählten Abgeordneten und 110 vom Armeechef ernannten Streitkräfteangehörigen bestehen. Die "Nationalitätenkammer" hätte 224 Mitglieder, bestehend aus 16 Vertretern der 14 Staaten bzw. Distrikte. Ein Viertel oder ein Drittel der Vertreter werden von der Armee gestellt. Die Vorschläge der Regierung sollen in Gruppen diskutiert werden und dann in die Grundzüge der Verfassung eingearbeitet werden.

Weitere zur Diskussion gestellte Vorschläge betrafen die Besetzung der Ministerien für Verteidigung, Innere Sicherheit und Grenzangelegenheiten durch das Militär und die Flagge sowie die Nationalhymne.

Im August wurde ein Delegierter verhaftet, der die National League for Democracy (NLD) vertrat. Nach Angaben des SLORC soll er gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen haben.

vgl. MDA 19., 23.9.94; SOAA Sep. 94; TN 16.8., 4.9.94

(Yunnan) nach Jiangdon (Burma) führen, die andere von Mujie nach Lashio. Der Bau soll im März 1995 beginnen und innerhalb von ein- einhalb bis zwei Jahren fertiggestellt werden. Der Bau soll die Wirtschaftsentwicklung im Vier-Länder-Eck China, Burma, Thailand und Laos fördern (s. SOAI 3/94, S. 32-34). Weiter wurden Joint ventures zwischen China und Burma besprochen, darunter Anlagen zur Holzverarbeitung, Edelsteinverarbeitung, die Produktion von Elektrogeräten und der Bau eines Kraftwerkes. Die beiden Staaten wollen

auch im Tourismus-Bereich verstärkt kooperieren. Eine Fluglinie zwischen der Hauptstadt der Provinz Yunnan und Mandalay soll eingerichtet werden.

Für den SLORC ist die verstärkte Zusammenarbeit mit China wichtig, da die Zusammenarbeit mit westlichen Staaten aufgrund der Menschenrechtslage in Burma zurückgegangen ist. China ist außerdem der größte Waffenlieferant Burmas.

vgl. SOAA Sep 94; TN 8.9.94; MDA 27.9.94

**Mon-Flüchtlinge zur Rückkehr gezwungen**

Die rund 6.000 im August nach Übergriffen der burmesischen Armee erneut auf thailändisches Gebiet geflohenen Mon (s. soai 3/94) sind von den thailändischen Behörden zur Rückkehr in das Flüchtlingslager Halockhani gezwungen worden. Halockhani gilt als besonders unsicheres Lager, da es sich in einer Gegend befindet, in der der Grenzverlauf zwischen Burma und Thailand nicht endgültig geklärt ist. Mittlerweile wird das Lager aber eher dem burmesischen Territorium zugeschrieben.

Nachdem die Flüchtlinge in die Nähe eines thailändischen Grenzpostens geflohen waren, zog Thailand die Grenzschutzpolizei (BPP) mit der Instruktion zusammen, keine weiteren Mon ins Land zu lassen, und kündigte die Abschiebung der Flüchtlinge an. Das Mon National Relief Committee (MNRC) legte direkt Einspruch bei den Behörden ein, da die Flüchtlinge nicht zurück wollten, weil das Lager in Burma nicht sicher sei. Ein Sprecher des thailändischen Militärs erklärte daraufhin, daß es keine Anwei-

sung zur sofortigen Rückführung der Flüchtlinge gegeben habe, und daß die Verantwortung bei den lokalen Behörden liege.

Zwar konnte die Lebensmittelversorgung der Flüchtlinge durch westliche Hilfsorganisationen organisiert werden, aber die Lebensbedingungen verschlechterten sich in dem neuen Lager schnell durch starke Regenfälle und fehlende sanitäre Einrichtungen.

Am 8. August wurde von der thailändischen Grenzschutzpolizei ein Ultimatum gestellt, in dem die Flüchtlinge aufgefordert wurden, bis zum 10. August wieder nach Halockhani zurückzukehren. Andernfalls würde das provisorische Lager der Flüchtlinge auf der thailändischen Seite blockiert werden. Da sich die meisten Flüchtlinge weigerten, wurde am 10. August der einzige Pfad zum Lager blockiert. Hilfsorganisationen hatten nun keinen Zugang mehr und Kranke konnten das Lager nicht mehr verlassen. Helfer der westlichen NRO befürchteten die schnelle Ausbreitung von Krankheiten. Am zweiten

Tag der Blockade schnitten die Behörden die Wasserversorgung ab.

Im Laufe des Monats verschärfte sich die Situation, als thailändische Behörden 2.000 illegale burmesische Einwanderer, darunter Angehörige der Karen, Mon, Inder und Burmanen, die in Bangkok verhaftet worden waren, in das provisorische Lager überführten. Das MNRC mußte auch die Versorgung dieser Menschen übernehmen; Hilfsleistungen von NRO waren weiterhin nicht möglich. Im September beschlagnahmte die Grenzschutzpolizei außerdem die Reisvorräte, aus denen das MNRC die Flüchtlinge versorgt hatte. Die Reisvorräte lagerten auf thailändischem Gebiet in der Nähe des Halockhani-Lagers. Die englischsprachige thailändische Presse sprach davon, daß die Flüchtlinge "zurückgehungert" werden sollten. Im September kehrten die ausgehungerten Mon in das Lager auf burmesischer Seite zurück.

*vgl. BP 23., 26.7., 5., 10., 11., 12. 13., 19., 24.8., 2., 8., 12.9.94; TN 29., 31.7., 2., 9., 10., 13., 17.8., 1., 6., 7.9.94*

**Gespräche zwischen Aung San Suu Kyi und SLORC**

Am 20. September hat es ein erstes Gespräch zwischen Aung San Suu Kyi, General Than Shwe und Generalleutnant Khin Nyunt gegeben. Alle drei hätten einen entspannten Eindruck gemacht, beurteilten Beobachter die Bilder im burmesischen Staatsfernsehen. Über Inhalte des Gesprächs wurde jedoch nichts bekannt.

Der in England lebende Mönch Rewata Dhamma hatte zwischen beiden Parteien vermittelt (s. SOAI3/94). Das Treffen wurde international mit vorsichtigem Optimismus begrüßt.

Am 28. Oktober berichtete das burmesische Fernsehen von einem weiteren Treffer. Neben Aung San Suu Kyi und Generalleutnant Khin Nyunt nahmen der Brigadegeneral Than Oo und General Tin Aye teil. In den Nachrichten hieß es, Khin Nyunt habe Aung San Suu Kyi die politische, ökonomische und soziale Situation des Landes dargelegt. Die Gespräche hätten nicht aufgrund äußeren Drucks stattgefunden. Weiteres wurde nicht bekannt.

*vgl. IRRR Vol. 3, No. 4, 31.10.94*

**Maung Maung gestorben**

Maung Maung, der vom 19. August bis zum 18. September 1988 Präsident von Burma und Vorsitzender der Einheitspartei Burma Socialist Programme Party (BSPP) war, ist Mitte dieses Jahres im Alter von 69 Jahren gestorben. Im Sommer 1988, der Hochphase der pro-demokratischen Aufstände, hatte er den Nachfolger von General Ne Win, Sein Lwin, in beiden Positionen nach nur 18 Tagen brutaler Herrschaft abgelöst. Am 18. September übernahm dann das Militär mit einem Putsch die Macht; seitdem herrscht der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC).

*vgl. SOAA Sep. 94; Bertil Lintner, Outrage - Burmas Struggle for Democracy, Hongkong 1989*

**ABSDF vor der Wiedervereinigung?**

Die beiden großen Gruppen, in die die All Burma Students' Democratic Front (ABSDF) im Herbst 1991 zerfallen war, erwägen eine Wiedervereinigung. Ergebnisse der Gespräche liegen noch nicht vor. Eine Gruppe die sich im Januar 1993 abgespalten hatte, hat sich bereits im September dieses Jahres einem der großen Flügel wieder angeschlossen. Nach der Trennung hatte die Gruppe zuerst eine neue Armee gegründet und schließlich im September als politischen Arm die *National Liberation Union for Justice in Burma* gegründet. In einer Erklärung hieß es, daß sich die Politik der Gruppen nicht unterschieden hätten. Sie erklärten ihren Schritt damit, daß die jetzigen politischen Bedingungen Einigkeit und Soli-

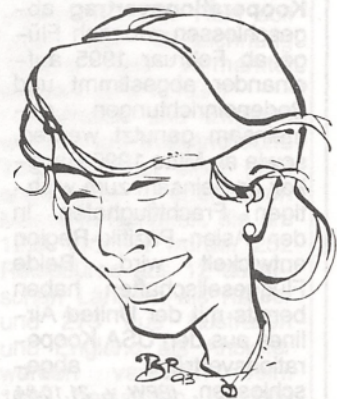
darität aller Oppositionsgruppen verlangten.

*vgl. TN 5.9.94; IRRR Vol. 2, No. 12, 15.9.94; eigene Quellen*

**Arbeit der NRO in Thailand eingeschränkt**

Die thailändische Regierung hat die Hilfsmöglichkeiten der in Thailand arbeitenden Nichtregierungsorganisationen (NRO) eingeschränkt. Die Unterstützung und humanitäre Hilfe für Flüchtlinge aus Burma will die Regierung nur noch erlauben, wenn gewährleistet ist, daß keine ethnischen Minderheiten unterstützt werden, die sich im Bürgerkrieg befinden.

*vgl. BP 6.9.94*



aus: IRRR v. 15.9.94, S. 1

**Registrierung burmesischer Flüchtlinge**

Die örtlichen Behörden in Thailand haben im September begonnen, die rund 60.000 burmesischen Flüchtlinge - hauptsächlich Flüchtlinge der ethnischen Minderheit der Karen - zu registrieren. Die Registrierung der Flüchtlinge, die sich in insgesamt elf Lager aufteilen, soll innerhalb eines Monats abgeschlossen sein.

*BP 5.9.94*